

PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETEDR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)[Aktuelle Informationen und  
Updates auf Facebook](#)

## Nur ein Mittel zum Zweck? Die Außenpolitik arabischer Staaten gegenüber den Palästinensischen Gebieten

EINE UNTERSUCHUNG DER UNTERSTÜTZUNG AUSGEWÄHLTER ARABISCHER STAATEN IM HINBLICK AUF DIE ANLIEGEN DER PALÄSTINENSER

Im April 2015 rückten die Ereignisse im palästinensischen Flüchtlingslager Yarmuk in Syrien in den Fokus der Weltöffentlichkeit. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon bezeichnete das Lager als den „gegenwärtig wohl schlechtesten Ort auf dieser Welt, um ein anständiges Leben zu führen“. Dies beleuchtet schlaglichtartig die Situation vieler palästinensischer Flüchtlinge in Syrien und anderen arabischen Staaten, die seit vielen Jahren, mitunter Jahrzehnten, auf die Lösung ihrer offenen Fragen hoffen. Dieser Länderbericht hat sich daher zur Aufgabe gemacht, ausgehend von den politischen Beziehungen Jordaniens, Ägyptens, Katars und Saudi-Arabiens zur palästinensischen Führung exemplarisch die politische Zusammenarbeit der Palästinenser mit anderen arabischen Staaten zu beleuchten.

In Bezug auf die Lage der Palästinenser und seiner Stellung hierzu formulierte der jordanische König Abdullah II im Jahr 2011: „We know our direction, and our path is clear in our quest to protect Palestine's future, and safeguard our rights when the future of Jerusalem and the refugees' right of return are negotiated.“ Weiter führte Abdullah aus, „we support the Palestinians' right to establish their state, and our position has not, and will not change.“<sup>1</sup> Dies ist nur eines von vielen Beispielen für die Äußerungen arabischer Staatsoberhäupter in Bezug auf die Anliegen der Palästinenser.

Tatsächlich spiegeln die immerwährenden Treue-Bekundungen die öffentliche Meinung in großen Teilen der arabischen Gesellschaft wider. Die Solidarität mit den Palästinensern

wurde in der Vergangenheit meist klar demonstriert, während gleichzeitig das einhellige Missfallen gegenüber ihrer Lage wiederholt in Protesten ausgetragen wurde, nicht selten vor den wenigen vorhandenen israelischen Vertretungen.

Das Agieren der jeweiligen arabischen Regierungen in dieser Angelegenheit ist hingegen nicht immer eindeutig. Ein Beispiel liefert das mit der Arabischen Liga ausgehandelte palästinensische „financial safety net“. Es stellt eine Art finanzielle Auffanghilfe der arabischen Staaten dar, um israelische Sanktionen auszugleichen. Dies war zuletzt zu Beginn des Jahres 2015 der Fall. In diesem Fall verweigerte Israel den Transfer palästinensischer Steuereinnahmen aufgrund des palästinensischen Beitritts zum

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

Internationalen Strafgerichtshof.<sup>2</sup> Bei einem Treffen der Arabischen Liga im Dezember 2014 in Kairo sicherten die Vertreter aller 22 Mitgliedsstaaten zwar zu, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) mit einem Betrag von monatlich 100 Millionen US-Dollar zu unterstützen, sollte Israel Steuereinnahmen zurückhalten.<sup>3</sup> Doch diese Abmachung wurde längst nicht von allen Teilnehmern eingehalten. Vielmehr zahlten - wie bereits häufiger in der Vergangenheit - lediglich einzelne Staaten ad hoc höhere Beiträge; in diesem Fall Saudi-Arabien (234.1 Millionen NIS im Januar) sowie Irak und Ägypten (112.4 bzw. 23.3 Millionen NIS im Februar 2015).<sup>4</sup>

Tatsachen wie diese führen dazu, dass sich die Palästinenser von ihren „arabischen Brüdern“ bisweilen im Stich gelassen fühlen. Denn die Unterstützung der Palästinenser bleibt mintunter nur ein stetig wiederkehrendes Lippenbekenntnis. So beschwerte sich der palästinensische Politologe Ali Hableh im Sommer 2014: „It took Saudi Arabia seven days to issue a statement condemning the current Israeli attack on the Gaza Strip.“ Hier hatten die Palästinenser deutlichere Worte und vor allem eine schnellere Reaktion erwartet.<sup>5</sup> Laut Aussagen von Hanan Ashrawi, Mitglied des PLO Executive Committee, legt die palästinensische Regierung selbstredend hohen Wert auf sehr gute Kontakte mit allen arabischen

Partnern. Allerdings verschiebe sich, so Ashrawi, gegenwärtig die Intensität der Zusammenarbeit. Dies wirft die Frage auf, wie die Unterstützung arabischer Staaten gegenüber den palästinensischen Gebieten wirklich zu bewerten ist. Hinzu kommt die Frage, welche Erwartungen sich seitens der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) an die arabischen Partnerstaaten richten und worin die Auslöser für politische Verstimmungen zu suchen sind. Diesen Fragen soll im Folgenden anhand der Beispielländer Jordanien, Ägypten, Katar und Saudi-Arabien nachgegangen werden.

**1. Jordanien -  
Geographische Verbundenheit**

Wie bei vielen zwischenstaatlichen Partnerschaften resultiert die heutige politische Beziehung zwischen den Palästinensischen Gebieten und dem Nachbarland Jordanien aus deren gemeinsamer Vergangenheit. So lässt sich das Verhältnis nicht vergleichen mit anderen Beziehungen im Nahen Osten. Denn die Vergangenheit beider Länder weist eine derartig hohe Kongruenz auf, dass beide Länder unweigerlich miteinander verknüpft sind. „Whatever happens in Palestine impacts Jordan“, betont auch Ashrawi.

Jordanien, ehemals Transjordanien, das unter britischem Mandat noch Teil Palästinas war, existiert als unabhängiger Staat erst seit 1946.<sup>6</sup> Nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948, in dem Jordanien an der Seite anderer arabischer Gruppierungen gegen den neu ausgerufenen Staat Israel kämpfte, blieb die Verwaltung des Westjordanlandes bis 1967 unter jordanischer Kontrolle. Obwohl Jordaniens geopoliti-

<sup>2</sup> Tagesschau; Nahostkonflikt erreicht Den Haag; [http://www.tagesschau.de/ausland/palaestiner-strafergerichtshof-103.html].

<sup>3</sup> Mondoweiss; Despite punitive Israeli tax freeze, Palestinians to pursue war crimes charges with Arab League financial help;

[http://mondoweiss.net/2015/01/punitive-palestinians-financial#sthash.h3DyrvZr.dpuf].

<sup>4</sup> Palestinian Ministry of Finance; Monthly Reports for 2015: Fiscal Operations - Revenues, Expenditures and Financing Sources;

[http://www.pmf.ps/documents/10180/586396/Feb.2015.Eng.pdf/a67bb2a6-ac75-4585-ad7e-03020f8f7fb9].

<sup>5</sup> Gatestone Institute; Palestinians: The Arabs betrayed us – again; [http://www.gatestoneinstitute.org/4463/palestinians-arabs-betrayed-us].

<sup>6</sup> Ryan, R. Curtis; Jordanian Foreign Policy and the Arab Spring; [http://www.mepc.org/journal/middle-east-policy-archives/jordanian-foreign-policy-and-arab-spring?print].

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

tischer Einfluss in der Region relativ begrenzt ist und das Land keine führende außenpolitische Position einnimmt, wie traditionell Ägypten oder Saudi-Arabien, setzt es sich mit eigenen Initiativen immer wieder für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Grundlage der Arabischen Friedensinitiative ein.<sup>7</sup> Dementsprechend propagiert es seit Jahren die Errichtung eines lebensfähigen und unabhängigen palästinensischen Staates neben Israel (Zweistaatenlösung).<sup>8</sup> Im Zuge dieses Kurses reichte das Land im Dezember 2014 einen Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat ein, der einen zeitlichen Rahmen für die Umsetzung der Zweistaatenlösung mit beiderseitig und international anerkannten Grenzen vorsah. Damit einhergehend drängte der Entwurf auf ein Ende der Besatzung und den Abzug Israels aus den besetzten Gebieten innerhalb von zwei Jahren.<sup>9</sup>

Gleichzeitig gilt Jordaniens Außenpolitik seit Jahrzehnten als prowestlich orientiert. Seit dem Friedensvertrag zwischen Jordanien und Israel im Jahr 1994 profitiert das Land von den strategisch wichtigen Beziehungen zu den USA und der Europäischen Union. So erhält das Königreich von beiden Seiten immense Finanzhilfen von ca. einer Milliarde US-Dollar jährlich.<sup>10</sup> Zudem hat sich die Europäische Union in den letzten Jahren zu einem der größten Handelspartner Jordaniens entwickelt.<sup>11</sup> Darüber hinaus besteht

eine intensive militärische Partnerschaft zwischen den USA und Jordanien. Etwa nutzen US-Truppen derzeit Militärstützpunkte in Jordanien als Ausgangspunkte für Angriffe gegen den Islamischen Staat im Irak.<sup>12</sup> Die Partner im Westen setzen auf Jordanien als Stabilitätsgarant in der von politischen Umstürzen geplagten Region. Teile der ursprünglich palästinensischen Bevölkerung Jordaniens, wie auch viele Palästinenser in der West Bank beäugen diese Kooperation durchaus kritisch, vor allem aufgrund der engen Beziehungen zwischen den USA und Israel.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Jordanien und den Palästinensischen Gebieten sind geprägt von der enorm hohen Anzahl palästinensischer Flüchtlinge in Jordanien. Etwas über 2,150,000 von ihnen waren im Januar 2014 in Jordanien bei der UNWRA registriert.<sup>13</sup> Rund 18 % dieser Flüchtlinge leben bis heute in Camps.<sup>14</sup> Zwar ist Jordanien das erste arabische Land, das die Flüchtlinge von 1948 integriert und per Gesetz zu jordanischen Staatsbürgern gemacht hat.<sup>15</sup> Trotzdem lebt ein großer Teil der Flüchtlinge ohne, oder, wie die Flüchtlinge aus dem Jahr 1967 lediglich mit einem zeitlich befristeten jordanischen Pass und damit ohne die Privilegien und Sicherheiten einer vollwertigen Staatsangehörigkeit.<sup>16</sup>

<sup>7</sup> Gemeint ist: Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und Errichtung eines palästinensischen Staates im Gegenzug zur Normalisierung der Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel.

<sup>8</sup> Statement Generaldirektor des Department of Palestinian Affairs in Jordanien, Mahmoud Aqrabawi im Interview vom 17.03.15.

<sup>9</sup> UN Security Council; Jordan: Draft resolution; [http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/A12252711015996D85257DBF00536B1C].

<sup>10</sup> The Washington Post; As execution of pilot is publicized, U.S. expands relationship with Jordan; [http://www.washingtonpost.com/news/checkpoint/wp/2015/02/03/as-execution-of-pilot-is-publicized-u-s-expands-relationship-with-jordan/].

<sup>11</sup> Ryan, R. Curtis; Jordanian Foreign Policy and the Arab Spring; [http://www.mepc.org/journal/middle-

east-policy-archives/jordanian-foreign-policy-and-arab-spring?print].

<sup>12</sup> The Telegraph; US troops operating in Jordan near Syria border; [http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middle-east/syria/9598851/US-troops-operating-in-Jordan-near-Syria-border.html].

<sup>13</sup> UNWRA in figures as of 1 January 2014; [http://www.unrwa.org/sites/default/files/2014\_01\_ui\_f\_-\_english.pdf].

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Herting, Sandra (2013): Rechtliche und tatsächliche Situation palästinensische Flüchtlinge. S. 33.

<sup>16</sup> According to a report published by Al Quds Center for Political Studies, an independent research institute in Amman (Al Quds Center n.d.), Jordan issues passports to three categories of Palestinians: 1) Jordanian citizens of Palestinian origin who can obtain five-year passports with national identity numbers; 2) "West Bankers" who live in the West Bank and are granted five-year passports without national identity numbers;

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

Diese Menschen sind von der Teilnahme an jordanischen Wahlen ausgeschlossen und können nicht in den Staatsdienst aufgenommen werden.<sup>17</sup> Ebenfalls ist ihre Aufnahme an staatliche Universitäten eingeschränkt.<sup>18</sup> Dieses Ungleichgewicht führt zur sozialen Ausgrenzung vieler Palästinenser und deren Unterrepräsentanz in Regierungsinstitutionen.

Das politische Vorgehen Jordaniens wird seitens seiner Befürworter folgendermaßen begründet: Da der palästinensische Gesamtbevölkerungsanteil in Jordanien auf mindestens 60 % geschätzt wird,<sup>19</sup> wäre bei einer ausgeweiteten Vergabe vollwertiger Staatsangehörigkeiten eine „jordanische Mehrheit“ und damit ihr Einfluss in Politik und Gesellschaft nicht mehr gesichert. Die Erfahrung des sogenannten Schwarzen Septembers 1970, als Palästinenser versuchten die Monarchie in Jordanien zu stürzen, ließ und lässt jordanische Befehlshaber wachsam und sensibel gegenüber einer möglichen Verschiebung der Machtverhältnisse agieren. Die damaligen Vorfälle hatten ein Verbot der Palästinensischen Befreiungsorganisation zur Folge, welche im Anschluss gezwungen war, ihre Stützpunkte in den Libanon zu verlagern.

Obwohl ein großer Teil der palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien jordanische Papiere erhalten hat, betrachtet die PLO diese weiterhin als palästinensische Staatsangehörige. Nach Abschluss des Oslo-

Abkommens schlug die PLO der jordanischen Regierung vor, dass Palästinenser mit jordanischen Reisedokumenten auch berechtigt sein sollen, Inhaber eines von der Palästinensischen Autonomiebehörde ausgestellten Dokuments zu sein. Eine Einigung diesbezüglich wurde bis heute nicht erzielt. Gleichwohl besteht die Überlegung, nach der die Palästinenser in Zukunft das Recht haben sollen, zwischen jordanischer und palästinensischer Staatsangehörigkeit zu wählen.<sup>20</sup>

Da gerade dieser Zwiespalt zwischen jordanischer Staatsangehörigkeit und palästinensischer Identität anhaltende Relevanz besitzt, ist für Jordanien vor allem die Regelung der palästinensischen Flüchtlingsfrage im Rahmen der israelisch-palästinensischen Endstatusverhandlungen von immenser Bedeutung. Denn jeder Rückschlag in den Verhandlungen wirkt sich unmittelbar auf die jordanische Innenpolitik aus.

Beispiel hierfür ist der Umgang der jordanischen Regierung mit der Hamas. Obwohl die Muslimbruderschaft quasi seit jeher im Land vertreten ist,<sup>21</sup> wurde deren palästinensische Unterorganisation, die Hamas, 1999 vom neu ernannten König Abdullah aus dem Land vertrieben. Dieser verbat sich deren Einmischung in Jordaniens empfindliche innenpolitische Angelegenheiten.<sup>22</sup> Dabei wurde einigen Anhängern der Bewegung, darunter auch dem Anführer, Khaled Mashaal, die jordanische Staatsbürgerschaft entzogen. Zwar gab es in den letzten Jahren vermehrt Berichte über eine Versöhnung sowie Rückkehr der möglicherweise bereits

---

and 3) "Gazans" who arrived in Jordan after the 1967 war, and may hold two-year passports without access to the same services as citizens (Al Quds Jan. 2009, 22). However, Palestinians in the first category are not "stateless" since they hold Jordanian citizenship.

<sup>17</sup> Herting, Sandra (2013): Rechtliche und tatsächliche Situation palästinensischer Flüchtlinge. S. 33.

<sup>18</sup> Assessment for Palestinians in Jordan [http://www.cidcm.umd.edu/mar/assessment.asp?groupId=66302].

<sup>19</sup> GIZ; [http://liportal.giz.de/jordanien/gesellschaft/] - davon sind gut zwei Drittel registrierte Palästina-Flüchtlinge.

<sup>20</sup> Herting, Sandra (2013): Rechtliche und tatsächliche Situation palästinensische Flüchtlinge. S. 33.

<sup>21</sup> Die Islamische Aktionsfront (IAS), der jordanische Zweig der Muslimbruderschaft, gilt als anhängerstärkste Partei des Landes.

<sup>22</sup> The Times of Israel; 13 years after king booted it out, Hamas leader says his group has reconciled with Jordan; [http://www.timesofisrael.com/jordan-has-reconciled-with-hamas-khaled-mashaal-says/].

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

versteckt wieder agierenden Hamas nach Jordanien; eine offizielle jordanische Aussage hierzu blieb bisher aber aus. Ein Angebot Katars, mehrere hundert Millionen Dollar Hilfszahlungen an Jordanien zu leisten, wenn das Königreich einer Wiederaufnahme der Hamas und dem Aufbau neuer Stützpunkte zustimme, wurde von der Regierung zuletzt offiziell abgelehnt.<sup>23</sup> Ungeachtet dessen existiert eine breite Unterstützung der Organisation in der jordanischen Bevölkerung, was die großen pro-Hamas-Demonstrationen in Amman zum Zeitpunkt des letzten Gazakriegs im August 2014 verdeutlichen. Der damaligen Forderung der Demonstranten, den israelischen Botschafter auszuweisen, kam die Regierung jedoch nicht nach.<sup>24</sup>

Auch für die Palästinenser in den Autonomiegebieten ist Jordanien als Partner vor allem aufgrund zweier Faktoren wichtig: Erstens bietet ihnen Jordanien mit dem Zugang zum Flughafen in Amman die einzige Möglichkeit der Ausreise ins Ausland. Zweitens hat Jordanien die Verwaltung des Haram Al-Sharif, des Tempelbergs in Jerusalem, inne. Die Fragen rund um den Haram Al-Sharif in Verbindung mit der Stellung Ost-Jerusalems als zukünftiger palästinensischer Hauptstadt waren bisher ein zentraler Streitpunkt bei Verhandlungen. Geringste Anzeichen, den Status Quo zu verändern, reichen aus um Eskalationen in der gesamten arabischen Welt zu provozieren. So ist das jordanische Königshaus in jeder Hinsicht bemüht in seiner Wächterposition eine stringente Linie zu bewahren, ohne die wichtigen Verbindungen zu Israel zu sehr zu belasten.

<sup>23</sup> Gatestone Institute; King Abdullah says no to Hamas; [http://www.gatestoneinstitute.org/3978/king-abdullah-hamas].

<sup>24</sup> Haaretz; Thousands rally for Hamas in Jordan; [http://www.haaretz.com/news/middle-east/1.609649].

„Dictatorship of Geography“, wird diese Beziehung zwischen Jordanien und der palästinensischen Führung bisweilen genannt, denn trotz gegenseitigen Misstrauens sind die Anliegen beider Seiten eng miteinander verknüpft. Die PA ist dabei auf Jordanien angewiesen, auch und mitunter gerade weil man dort ein gutes Verhältnis zu Israel pflegt. Aus diesem Grund sowie als aktives Mitglied der Vereinten Nationen und derzeit nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat (2014/2015) hat sich Jordanien bereits als wichtiger Partner in der palästinensischen Internationalisierungsstrategie bewiesen. Nichtsdestotrotz bangt das jordanische Regime um seine innenpolitische Stabilität angesichts des hohen palästinensischen Bevölkerungsanteils und der immer neuen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak, die das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge des Landes zu überfordern drohen.

## 2. Ägypten – Vermittlung oder Abschottung?

Politisch enge Beziehungen zwischen Ägypten und Palästina existieren seit der Nasser-Ära. Unter Gamal Abdel Nassers Führung, der sich von Beginn an für die Selbstbestimmung der Palästinenser einsetzte, stärkte die klar propalästinensische Linie Ägyptens die Hoffnungen vieler Palästinenser auf einen eigenen Staat. Unter Nassers Initiative wurde 1964 die PLO gegründet, die bis heute wichtigste Organisation zur Repräsentation der Palästinenser im In- und Ausland. Nach Nassers Tod unterzeichnete dessen Nachfolger Anwar As-Sadat das ägyptisch-israelische Camp David-Abkommen, das den Abzug Israels von der besetzten Sinai Halbinsel vorsah, allerdings auch den Ausschluss Ägyptens von der Arabischen Liga bis 1989 zur Folge hatte. Die

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

Beziehung zu den Palästinensern verschlechterte sich nach diesem Abkommen. Im Anschluss setzte Präsident Hosni Mubarak die ägyptischen Bemühungen im Friedensprozess fort, indem er seine Beziehung zu Israel stärkte. Auf diese Weise konnte Ägypten mittelfristig wieder eine Mittlerrolle in der Region und vor allem im israelisch-palästinensischen Konflikt einnehmen.

Nach eigener Ausführung beziehen sich die außenpolitischen Ziele Ägyptens hinsichtlich der Palästinenser darauf, die eigenen Grenzen zu sichern, Gaza zu stabilisieren und sich für deren Rechte und die Zweistaatenlösung einzusetzen. Dies geschieht beispielsweise durch die Unterstützung der neuen palästinensischen Internationalisierungsstrategie oder eben als Vermittler in Verhandlungen.<sup>25</sup> So trat Ägypten nach der politischen Teilung im Jahr 2006 mehrfach als Vermittler zwischen den verfeindeten Parteien Hamas und Fatah auf und setzte sich für eine Versöhnung und die Bildung einer Einheitsregierung ein. Ebenfalls verhandelte Kairo im letzten Gazakrieg nach mehreren Anläufen eine seit dem 26. August anhaltende Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas.

Nicht nur aus historischer Sicht ergibt sich Ägyptens Mittlerrolle in der Region, sondern ebenso aus geographischer Sicht. Die direkte Außengrenze an Israel und den Gazastreifen machen das Land für die Palästinenser und Israel zu einem wichtigen Partner. Als nur eines von zwei arabischen Ländern, das einen Friedensvertrag mit Israel abschloss, genießt die Existenz eines stabilen ägyptischen Regimes auch in Israel große Priorität. Das gleiche Interesse haben die USA, die Ägypten im Gegenzug mit regel-

mäßigen Wirtschafts- und Militärhilfen versorgen.<sup>26</sup> So musste die palästinensische Führung in der Vergangenheit immer wieder feststellen, in der Mitte eines US-geförderten regionalen Sicherheitsabkommens zwischen Israel und Ägypten festzustecken.<sup>27</sup>

Für die Palästinenser spielt Ägypten hinsichtlich der direkten Grenze zu Gaza eine Schlüsselrolle. Der Grenzübergang in Rafah ist für Palästinenser der einzige, zumindest zeitweise geöffnete Ein- und Ausgang aus dem ansonsten abgeriegelten Gazastreifen und deshalb Brennpunkt palästinensischer Bemühungen, der Abschottung des Gazastreifens durch Israel und Ägypten entgegenzuwirken. Als Antwort auf den Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006 erfolgte unter Präsident Mubarak eine radikale Abriegelung des Gazastreifens. Die Beziehungen zur Hamas wurden gekappt, das Büro der ägyptischen Vertretung in Gaza geschlossen.<sup>28</sup> Laut einem Bericht des arabischen Nachrichtensenders Al-Jazeera wurde der PA selbst während der offiziellen Gespräche über eine Versöhnung zwischen Hamas und Fatah von Ägypten Sicherheitstrainings und die Lieferungen von Waffen angeboten, wenn damit die Hamas politisch isoliert werden könnte.<sup>29</sup> Nach der ägyptischen „Revolution des 25. Januar“ im Jahr 2011 wurde das Land unter der Führungsriege der Muslimbrüder kurzzeitig zu einem Alli-

<sup>26</sup> Vgl. hierzu: New York Times; Reining In Egypt's Military Aid; [http://www.nytimes.com/2014/10/05/opinion/sunday/reining-in-egypts-military-aid.html?\_r=0].

<sup>27</sup> Al-Jazeera; Egypt and Palestine in the age of Sisi; [http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/06/egypt-palestine-sisi-policy-201462543348617479.html].

<sup>28</sup> Statement Ahmed Abu Auf (Political Official of the Egyptian Representative Office in Ramallah) aus dem Gespräch vom 17.02.15.

<sup>29</sup> Al-Jazeera; Egypt and Palestine in the age of Sisi; [http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/06/egypt-palestine-sisi-policy-201462543348617479.html].

<sup>25</sup> Statement Ahmed Abu Auf (Political Official of the Egyptian Representative Office in Ramallah) aus dem Gespräch vom 17.02.15.

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

ierten der Hamas.<sup>30</sup> Die Öffnungszeiten des Grenzübergangs bei Rafah wurden in dieser Zeit ausgeweitet, wodurch dem Druck der Bevölkerung in Gaza etwas nachgegeben werden konnte. Gleichwohl kam es auch unter Mursi nicht zur erhofften, substantziellen Änderung der ägyptischen „Grenzpolitik“.<sup>31</sup>

Nach der Absetzung von Präsident Mursi 2013 übernahm in Kairo mit Abdel Fattah Al-Sisi ein neuer Partner die Führung, der in vielen Bereichen die alte Politik Mubaraks in vielen Bereichen fortsetzte. Der damalige General und heute amtierende Präsident nahm bereits kurz nach der Machtübernahme durch das Militär das Verfahren der vollständigen Abriegelung des Gazastreifens wieder auf.<sup>32</sup> Dies geschah vor allem aufgrund der anhaltenden Unruhen auf der Sinai-Halbinsel. Den Terrormilizen, die dort seit Mursis Sturz immer häufiger Anschläge gegen Ägyptens Sicherheitsapparat verüben, begegnet die derzeitige Regierung mit äußerster Härte. Die Abriegelung des Gazastreifens dient hierbei der Schwächung der Hamas und deren militanter Kämpfer, die in den auf dem Sinai operierenden terroristischen Gruppen Verbündete gefunden haben. So wurden über die Grenze nicht nur Waffen in den Gazastreifen geschmuggelt, sondern auch militante Kämpfer auf den Sinai, um dort die terroristischen Einheiten zu unterstützen. Anfang 2015 gab Ägypten zudem bekannt, die eigene Seite der Grenzstadt Rafah vollständig abzureißen. Stattdessen soll dort eine rund 1000 Meter breite Sperrzone errichtet werden, zur Erweiterung der Sicherheit und um effektiver gegen die

Schmugglertunnel vorgehen zu können.<sup>33</sup> Dass die völlig abgeschottete Zivilbevölkerung Gazas unter diesen Vorkehrungen leidet, ist für die ägyptische Regierung zweitrangig. So führte auch die Kritik der UNWRA durch Generalkommissar Filippo Grandi an der Schließung des Grenzüberganges bisher zu keiner nennenswerten Änderung.<sup>34</sup> Stattdessen versucht man der jeweiligen Gegenseite die Schuld zuzuschreiben: „Sometimes Hamas is closing the borders from inside and claim that we are preventing the injured people from getting care“<sup>35</sup>, lautet die Aussage Abu Auf vom Ägyptischen Vertretungsbüro in Ramallah.

Zwar laufen Verhandlungen zwischen der PA und der ägyptischen Regierung bezüglich einer erneuten schrittweisen Öffnung der Grenze. Doch scheinbar drängt die Hamas in dieser Hinsicht auf eine Sonderrolle, wodurch die Verhandlungen ins Stocken geraten sind. Worin sich die PA und die Militärs in Ägypten offensichtlich einig sind, ist die Übereinkunft, die Tunnel zwischen dem Gazastreifen und dem Sinai auszumachen und zu zerstören. Die Tunnel wurden in der Vergangenheit von der ägyptischen Regierung größtenteils geduldet und wenig kontrolliert. Sie dienten als Versorgungsader, um einerseits die etwa 1,8 Millionen Bewohner des Gazastreifens mit alltäglichen Gütern zu versorgen. Andererseits gelangten auf diese Weise immer wieder auch Waffen und Ausrüstung für militante Kämpfer nach Gaza.

Als aktuellstes sicherheitspolitisches Vorgehen gegen islamistische Kräfte trieb das

<sup>30</sup> Aly, Abdel Monem Said (2014): Post-Revolution Egyptian Foreign Policy; Crown Center for Middle East Studies; Brandeis University; Massachusetts.

<sup>31</sup> FAZ; Umgeben von ideologischen Freunden; [http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gazastreifen-umgeben-von-ideologischen-freunden-11875054.html].

<sup>32</sup> Al-Jazeera; Egypt and Palestine in the age of Sisi; [http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/06/egypt-palestine-sisi-policy-201462543348617479.html].

<sup>33</sup> Die Welt; Ägypten räumt Schmugglerstadt zum Gazastreifen; [http://www.welt.de/politik/ausland/article136412801/Aegypten-raeumt-Schmugglerstadt-zum-Gazastreifen.html].

<sup>34</sup> Der Grenzübergang wurde daraufhin 3 Tage lang für Verletzte geöffnet, die dringend einer medizinischen Behandlung bedurften.

<sup>35</sup> Statement Ahmed Abu Auf (Political Official of the Egyptian Representative Office in Ramallah) aus dem Gespräch vom 17.02.15.

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

Sisi-Regime zu Beginn dieses Jahres die Einstufung der Hamas als terroristische Organisation durch ein ägyptisches Gericht voran. Hierbei wird der Hamas vorgeworfen, Dschihadisten bei Anschlägen auf der Sinai-Halbinsel unterstützt zu haben und somit eine Gefahr für die nationale Sicherheit darzustellen. Bereits ein Jahr zuvor wurde die Hamas als Ableger der Muslimbruderschaft offiziell verboten. Jegliche Betätigung auf ägyptischem Boden ist der Organisation seitdem untersagt.<sup>36</sup> In der Folge musste Ägypten seine Rolle als Vermittler für palästinensische Belange teilweise aufgeben. In einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung Ramallah in Zusammenarbeit mit dem Palestinian Center for Policy and Research durchgeführten repräsentativen Umfrage wurde nach den wichtigsten Partnern der Palästinenser im letzten Gazakrieg gefragt. Rund 26 % Prozent der Befragten attestierten dem Iran diese Funktion, hierauf folgten die Türkei und Katar. Ägypten rutschte mit 6,9 % der Stimmen auf den letzten Platz.<sup>37</sup>

Diese brüchigen Beziehungen waren einer der Gründe weshalb die Verhandlungen zu einer von der ägyptischen Seite vermittelten Waffenruhe im vergangenen Gazakrieg zwischen der Hamas und Israel mehrere Anläufe brauchten. In dieser Zeit begannen zum Leidwesen der Regierung am Nil sowohl die EU als auch die US-Regierung Länder wie Katar oder die Türkei in ihren Vermittlungsversuchen zu stärken.<sup>38</sup>

Das ägyptische Regime hält aber weiterhin an seinem harten Kurs gegenüber Gaza

fest: „We want the PA to take back the control in Gaza,“ erklärt Abu Auf vom ägyptischen Vertretungsbüro in Ramallah. Von ägyptischer Seite sieht man nur in der PLO die offiziell anerkannte palästinensische Repräsentanz und ist nicht bereit mit der Hamas zu verhandeln: „In the eyes of the Egyptian Government Hamas is not representing the Palestinian cause. They consider themselves as a Palestinian faction but they are dealing only with themselves now with a regional agenda. For us who represents the Palestinian People is the PLO.“<sup>39</sup>

### 3. Katar und Saudi-Arabien – Geben ist seliger als Verhandeln

Trotz seiner Fläche von gerade mal 11.606 Quadratkilometern hat das kleine Emirat Katar gewichtigen Einfluss in der gesamten Region und insbesondere auf die Politik in den Palästinensergebieten. Generell gilt die Monarchie vor allem als enger Verbündeter der Hamas in Gaza und als deren wichtigster Geldgeber.<sup>40</sup> Vor zwei Jahren nahm das Emirat zudem den Hamas-Chef Khaled Maschal auf, der sich im syrischen Bürgerkrieg auf die Seite der Opposition schlug und das Land deshalb verlassen musste.<sup>41</sup>

Im letzten Gazakrieg führte das beschädigte Image Ägyptens als glaubwürdiger Mediator zu einer politischen Aufwertung Katars. So sprang das Emirat ein, als regionale Vermittler händierend gesucht wurden und diente als „Verbindungskanal“ zwischen der Hamas und der internationalen Gemeinschaft.<sup>42</sup> Obwohl die Hamas zur Finanzie-

<sup>36</sup> Zeit Online; Ägypten stuft Hamas als terroristisch ein; [http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/aegypten-urteile-muslimbrueder-hamas-terrororganisation].

<sup>37</sup> Palestinian Center for POLICY and SURVEY (PSR); Poll Number 53; September 2014; [http://www.pcpsr.org/sites/default/files/poll%2053%20full%20english.pdf].

<sup>38</sup> n-tv; Warum Ägypten als Vermittler ausgedient hat; [http://www.n-tv.de/politik/Warum-Aegypten-als-Vermittler-ausgedient-hat-article13389386.html].

<sup>39</sup> Statement Ahmed Abu Auf (Political Official of the Egyptian Representative Office in Ramallah) aus dem Gespräch vom 17.02.15.

<sup>40</sup> Tagesschau.de; Partner des Westens, Freund der Hamas; [http://www.tagesschau.de/ausland/katar-hamas-100.html].

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Welt.de; Der Emir, der die Hamas beschützt, hat ein Problem;



## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

zung ihrer zahlreichen Projekte in Gaza von Katar anscheinend nur einen Bruchteil dessen erhält, was früher von Syrien oder dem Iran zugesteuert wurde, ist es derzeit eines der wenigen Länder, das überhaupt noch Einfluss auf die Palästinenserorganisation hat.

Proteste gegen Katars Unterstützung der Hamas und auch anderer extremistischer Organisationen gibt es erstaunlich wenig. Auch die kritischen Äußerungen der US-Regierung fallen verhalten aus. Die Vereinigten Staaten unterhalten einen ihrer weltweit größten Militärstützpunkte im Emirat Katar. Es wäre zu erwarten, dass die Beziehungen der Monarchie zu Israel aufgrund der finanziellen Unterstützung der Hamas denkbar schlecht wären. Jedoch arbeitete Katar zuletzt eigenständig an einem Abkommen mit Israel, um den Wiederaufbau Gazas zu beschleunigen. Dabei trafen sich Offizielle beider Seiten und verhandelten über eine verbesserte Einfuhrprozedur für wichtige Rohstoffe nach Gaza über den Checkpoint Kerem Shalom.<sup>43</sup> Dieses Verhandeln über die Köpfe der PA hinweg, dürfte der palästinensischen Regierung in Ramallah kaum gefallen haben.

Schon im Herbst letzten Jahres in Kairo erklärte das Emirat auf der offiziellen Geberkonferenz zum Wiederaufbau Gazas, einen Beitrag von einer Milliarde US-Dollar für den Bau von 1000 neuen Unterkünften aufwenden zu wollen. Mit dieser Summe, die den Kauf von etwa 70 % der benötigten Baumaterialien aller geplanten Wiederaufbauprojekte abdecken sollte, versuchte Katar of-

fensichtlich mehr Ansehen in der Region zu gewinnen.<sup>44</sup> Das Emirat, das mithilfe seines prominenten Nachrichtensenders Al-Jazeera bereits im „Arabischen Frühling“ mitmischte, strebt durch gezielte finanzielle Unterstützung nach einer neuen politischen Führungsposition in der Region.

### Saudi-Arabien und die Zusammenarbeit mit der PA

Neben Ägypten wird von Seiten der PA Saudi-Arabien als wichtigster Partner angesehen.<sup>45</sup> Dabei ist die Unterstützung Saudi-Arabiens jedoch weniger politischer als vielmehr ökonomischer Art. So führt Saudi-Arabien mit einer zwischen den Jahren 2007 und 2013 aufgewendeten Summe von 1,3 Milliarden US-Dollar an Unterstützungsleistung für die PA die Liste der arabischen Geldgeber an. Der Betrag entspricht 51,1 % der gesamten finanziellen Zahlungen von arabischer Seite und 15,9 % der gesamten internationalen Unterstützung.<sup>46</sup>

Tatsächlich bleiben diese Aufwendungen zugunsten der Palästinenser seit Jahren relativ stabil. Als nach dem Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006 die USA bei ihren Alliierten in der Region Druck auf die Organisation ausüben wollten, weigerte sich Saudi-Arabien diesem Anliegen nachzugeben. Das Königreich bekundete damals, man würde fortfahren die Palästinensische Autonomiebehörde finanziell zu unterstützen und die Hamas dazu anhalten, die Prinzipien der Zwei-Staaten-Lösung anzuerkennen.<sup>47</sup> Durch das Einbehalten notwendiger Hilfszahlungen würden

[<http://www.welt.de/politik/ausland/article130843502/Der-Emir-der-die-Hamas-beschuetzt-hat-ein-Problem.html>].

<sup>43</sup> Israel and Qatar agree to accelerate Gaza reconstruction;

[<http://www.i24news.tv/app.php/en/news/israel/diplomacy-defense/64160-150313-israel-and-qatar-agree-to-accelerate-gaza-reconstruction>].

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Statement Dr. Hanan Ashrawi (PLO Executive Committee) im Gespräch vom 29.03.15.

<sup>46</sup> Al-Zaytouna Centre – Political Opinion: The Dilemma of Foreign Aid to the Palestinian Authority; [<http://www.alzaytouna.net/en/publications/articles/151804-political-opinion-the-dilemma-of-foreign-aid-to-the-palestinian-authority.html>].

<sup>47</sup> CNN.com; Saudis join Egypt in support for Hamas; [<http://edition.cnn.com/2006/WORLD/meast/02/22/ri-ce.mideast/index.html>].

## PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN  
JUDITH STEINBACH

22. April 2015

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)

vor allem unbeteiligte Palästinenser leiden, so der damalige saudische Außenminister.<sup>48</sup> Gleichfalls liegt den Saudis eine funktionierende Einheitsregierung am Herzen, wenn auch nicht mit der Hamas an deren Spitze. Im Februar 2007 erzielte der saudische König Abdullah eine Einigung zwischen den verfeindeten Parteien Hamas und Fatah, der zufolge der Fatah wieder Regierungsgewalt über Gaza zugestanden hätte. Die Umsetzung dieser Absprache scheiterte jedoch.<sup>49</sup>

Dass Saudi-Arabien sich im letzten Gaza-Krieg nur zögerlich zu Wort meldete, liegt an seiner starken Allianz mit Ägypten. So ließ König Abdullah erst am 1. August 2014 – 22 Tage nach Beginn der Kämpfe – eine Mitteilung veröffentlichen, in der er das aus seiner Sicht „kollektive Massaker in Gaza“ verurteilte. Einen direkten Verantwortlichen dafür benannte er aber nicht.<sup>50</sup> Da Riyadh dem ägyptischen Präsidenten Sisi vor den Präsidentenwahlen unterstützt hatte und sein Regime nun mit großzügigen, wirtschaftlichen Beihilfen zur Stabilität verhilft, galt es während den Auseinandersetzungen zuvorderst dem ägyptischen Partner den Rücken zu stärken.<sup>51</sup>

### Die Anliegen der Palästinenser als Spielball arabischer Interessen

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass sich die Palästinenser von arabischer Seite zuletzt mehr und vor allem einen deutlich einheitlicheren Rückhalt erhofft hatten. In der Summe verfolgen die einzelnen Akteure

durch ihre finanziellen und / oder politischen Vermittlungsbemühungen weiterhin vor allem ihre eigenen Partikularinteressen. Daher geraten die palästinensischen Anliegen bisweilen zum Spielball regionaler Auseinandersetzungen.

Jordaniens Zurückhaltung ist angelehnt an die guten ökonomischen Beziehungen zu Israel, das Jordaniens Tor zum Westen darstellt. Um gleichzeitig den Erwartungen des hohen palästinensischen Bevölkerungsanteils gerecht zu werden, verfügt die Regierung des Königreiches nur über geringen Spielraum. Ähnlich verhält es sich mit Ägypten, das ebenfalls einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen hat und zumindest nominell um ein stabiles Verhältnis bemüht ist. Da die eigene Stabilität für das Regime am Nil derzeit absoluten Vorrang genießt und der Sinai als Rückzugsort für terroristische Gruppierungen gilt, ist man bemüht, hier konsequent durchzugreifen. Dieses Vorhaben hat zur Folge, dass die Grenze zu Gaza, die als Sicherheitsrisiko gilt, auch weiterhin nur eingeschränkt geöffnet wird.

Das Agieren Saudi-Arabiens und Katars ist geprägt durch deren finanzielles Engagement. Gaza wird dabei mitunter zum Austragungsort für die Umsetzung eigener regionalpolitischer Interessen. Die finanziellen Unterstützungsleistungen für die dort lebenden Bewohner dienen dazu, den Forderungen der eigenen Bevölkerung nachzukommen und gleichzeitig außenpolitisches Profil zu zeigen. Das Interesse an einer aufrichtigen und vor allem zeitnahen Lösung des Konfliktes tritt bei alledem mehr und mehr in den Hintergrund.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Gause, F. Gregory (2011): Saudi-Arabia in the New Middle East; Council on Foreign Relations, S. 17;

<sup>50</sup> Huffington Post; From Egypt to Saudi Arabia, the Arab World Has Abandoned the Palestinians; [http://www.huffingtonpost.co.uk/mehdi-hasan/from-egypt-to-saudi-arabi\_b\_5662098.html].

<sup>51</sup> Al-Monitor; Saudi Arabia and the third gaza war; [http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/08/saudi-arabia-gaza-war-egypt-quiet.html#].